

Kleine Anfrage

des Abg. Sebastian Cuny SPD

und

Antwort

des Staatsministeriums

Auswirkungen des Konflikts im Osten der Demokratischen Republik Kongo auf das baden-württembergische Partnerland Burundi

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welchen Herausforderungen steht das baden-württembergische Partnerland Burundi aufgrund des bewaffneten Konflikts im Osten der Demokratischen Republik Kongo nach ihrer Kenntnis gegenüber?
2. Wie ist Burundi in diesen Konflikt in militärischer und ethnischer Hinsicht nach ihrer Kenntnis involviert?
3. Wie viele Menschen aus den Konfliktregionen haben nach ihrer Kenntnis bereits Zuflucht im angrenzenden Burundi gefunden?
4. Welche Informationen liegen der Landesregierung seitens der burundischen Regierung zu den Auswirkungen des Konflikts vor?
5. Welche Informationen liegen ihr seitens der zivilgesellschaftlichen oder kirchlichen Partnerinnen/Partner in Burundi zu den Auswirkungen des Konflikts vor?
6. Wie organisiert und finanziert die burundische Regierung nach ihrer Kenntnis die Aufnahme möglicher Vertriebener und Geflüchteter in diesem Zusammenhang?
7. Wie unterstützt das Land Burundi bei der Bewältigung dieser Herausforderung?
8. Inwieweit sind Projekte der Förderlinie „bwrkt Burundi“ von den Auswirkungen des Konflikts in der Demokratischen Republik Kongo betroffen?
9. Welche Auswirkungen hat der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo auf das Engagement des Landes in Burundi?

24.2.2025

Cuny SPD

Eingegangen: 24.2.2025 / Ausgegeben: 26.3.2025

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Begründung

Im Osten der Demokratischen Republik Kongo herrscht ein bewaffneter Konflikt zwischen der kongolesischen Armee und der Rebellenmiliz M23. Burundi ist in diese Auseinandersetzung militärisch sowie ethnisch involviert. Das Partnerland des Landes steht mit der möglichen Aufnahme von Geflüchteten aus dem Nachbarland vor weiteren großen Herausforderungen. In welchem Umfang diese auftreten ist von Interesse.

Antwort

Mit Schreiben vom 19. März 2025 Nr. STM-352-5/19/2 beantwortet das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Welchen Herausforderungen steht das baden-württembergische Partnerland Burundi aufgrund des bewaffneten Konflikts im Osten der Demokratischen Republik Kongo nach ihrer Kenntnis gegenüber?*
2. *Wie ist Burundi in diesen Konflikt in militärischer und ethnischer Hinsicht nach ihrer Kenntnis involviert?*
3. *Wie viele Menschen aus den Konfliktregionen haben nach ihrer Kenntnis bereits Zuflucht im angrenzenden Burundi gefunden?*
4. *Welche Informationen liegen der Landesregierung seitens der burundischen Regierung zu den Auswirkungen des Konflikts vor?*
5. *Welche Informationen liegen ihr seitens der zivilgesellschaftlichen oder kirchlichen Partnerinnen/Partner in Burundi zu den Auswirkungen des Konflikts vor?*
6. *Wie organisiert und finanziert die burundische Regierung nach ihrer Kenntnis die Aufnahme möglicher Vertriebener und Geflüchteter in diesem Zusammenhang?*

Zu 1. bis 6.:

Die Fragen 1 bis 6 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Die vorliegenden Informationen speisen sich aus Berichten der zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Partnerinnen und Partner des Burundi-Bündnisses aus Baden-Württemberg und Burundi, den regelmäßigen Abstimmungen mit der Deutschen Botschaft in Burundi und den Reise- und Sicherheitshinweisen des Auswärtigen Amts. Insgesamt ist es schwierig, die Entwicklungen im Ost-Kongo und in Burundi tagesaktuell nachzuvollziehen, da die Berichterstattung aus den Regionen selbst überschaubar und Quellen und Hinweise zum Teil schwer bzw. nicht überprüfbar sind. Die weiteren Entwicklungen in der Region sind derzeit nicht abschätzbar.

Seit Januar 2025 ist die Rebellenmiliz M23 auf dem Vormarsch im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) und hat in kurzer Zeit Teile der Provinzen Nord- und Süd-Kivu, darunter die wichtigen Provinzhauptstädte Goma (Nord-Kivu) und Bukavu (Süd-Kivu), einnehmen können. Die Miliz rückt in einigen Gebieten weiterhin vor. Angesichts der humanitären Krise und der Sicherheitsbedrohung vor Ort sind mehr als 61 000 in den Nachbarstaat Burundi geflohen.

Während die Rebellenmiliz M23 Unterstützung durch Ruanda erhält, steht Burundi auf der Seite der DR Kongo und unterstützt die kongolesische Armee mit Soldaten. Vor allem die Rolle Ruandas wird international stark kritisiert. Als Konsequenz hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) am 5. März 2025 bekannt gegeben, die Entwicklungshilfe für das Land einstweilen weiter einzuschränken und dabei unter anderem neue finanzielle Verpflichtungen auszusetzen.

Neben der Eroberung rohstoffreicher Gebiete in der DR Kongo bilden auch ethnische Hintergründe, die zurückgehen auf den Genozid im Nachbarland Ruanda, die Grundlage für den aktuellen Konflikt. Die M23 besteht mehrheitlich aus Tutsi-Kämpfern und setzt sich nach eigenen Aussagen für den Schutz der durch die kongolesische Regierung bedrohten Tutsi im Ost-Kongo ein. Zwar gibt es auch aus Burundi vereinzelt Hinweise, dass sich in den sozialen Netzwerken eine Zunahme ethnischer Spannungen zeigt, gleichwohl kann weder bestätigt werden, dass Burundi aus ethnischen Gründen in den Konflikt im Ost-Kongo involviert ist, noch, dass sich hiervon unmittelbare ethnische Auswirkungen in Burundi ableiten lassen.

Die Situation im Ost-Kongo stellt das baden-württembergische Partnerland Burundi vor große Herausforderungen und zeigt unterschiedliche Auswirkungen:

1. Die Flüchtlingssituation

Die hohe Anzahl an kongolesischen Flüchtlingen trifft Burundi und dabei insbesondere die Grenzprovinzen Burundis unvorbereitet. In der grenznahen Provinz Cibitoke sind beispielsweise seit Februar etwa 50 000 kongolesische Geflüchtete eingetroffen, hauptsächlich Frauen und Kinder. Diese massive Fluchtwelle stellt eine erhebliche Belastung für die Ressourcen und die Infrastruktur Burundis dar und hat die Aufnahmekapazitäten der Region, insbesondere in der Gemeinde Rugombo, überlastet. Geflüchtete haben in Fußballstadien, Schulen und Kirchen Zuflucht gefunden. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen vor Ort. So sind beispielsweise sanitäre Einrichtungen und die Trinkwasserversorgung unzureichend, es kommt zu Überlastungen des Stromnetzes und Beeinträchtigungen der Bildungsmöglichkeiten der lokalen Schülerinnen und Schüler. Die burundischen Behörden arbeiten zusammen mit der Flüchtlingsbehörde der Vereinten Nationen (UNHCR) und Nichtregierungsorganisationen an der Umsiedlung der Geflüchteten im Landesinneren Burundis, um die Grenzregionen zu entlasten. Der UNHCR hat am 21. Februar einen Spendenaufruf für die Versorgung der Menschen in den betroffenen Regionen der DR Kongo und den Nachbarländern, darunter vor allem Burundi, nach Ausbruch der Gewalt in der DR Kongo in Höhe von 40,4 Millionen US-Dollar veröffentlicht.

2. Sicherheit

Grundsätzlich schätzt das Auswärtige Amt die Sicherheitslage in Burundi aktuell noch als stabil ein, beobachtet die Situation dabei fortwährend und aufmerksam. Auswirkungen der kriegerischen Auseinandersetzungen in der DR Kongo zeigen sich durch verstärkte Polizeikontrollen in Burundi und unregelmäßige Grenzöffnungen. Insgesamt ist die Präsenz der Sicherheitskräfte im ganzen Land hoch.

Die US-Botschaft und UN-Einrichtungen haben Sicherheitsmaßnahmen ergriffen und seit Mitte Februar 2025 Familienangehörige evakuiert. Die EU-Vertretungen vor Ort sowie internationale Nichtregierungsorganisationen sehen dagegen zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit für angeordnete Evakuierungen.

3. Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und Mobilität

Der Konflikt im Ost-Kongo und insbesondere die Aktivitäten der M23 in der Provinz Süd-Kivu, die in die grenznahe Stadt Uvira ausstrahlen, führen zu einer faktischen Einschränkung der Handelsbeziehungen zwischen den grenznahen Provinzen, die eine wichtige Wirtschaftsachse zwischen der DR Kongo und Burundi darstellt.

Dies führt unmittelbar auch zu einer Verstärkung des ohnehin gravierenden Treibstoffmangels in Burundi, der Mobilität und Transportkosten im Land stark einschränkt bzw. die Kosten zum Teil dramatisch steigert, sowie zu erheblichen Preissteigerungen und sogar zum Wegfall verschiedener Produkte auf lokalen Märkten.

Hinzu kommt, dass die Geflüchteten aus der DR Kongo aus unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnissen kommen. Die Ankunft der oberen Mittelschicht und wohlhabender Kongolesinnen und Kongolesen in Burundi hat als Nebeneffekt eine dramatische Steigerung der Mietpreise zur Folge, da diese mit hochbegehrten Devisen ins Land kommen und häufig bereit sind, ein bis zwei Jahre Miete im Voraus

zu bezahlen. Insbesondere die einkommensschwache Bevölkerung in Burundi ist von dieser Entwicklung besonders stark betroffen.

Dies geschieht in einem schwierigen währungspolitischen Kontext, da Burundi kaum Devisen besitzt und unter anderem gerade aus gescheiterten Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über Reformen der nationalen Ökonomie hervorgegangen ist.

7. Wie unterstützt das Land Burundi bei der Bewältigung dieser Herausforderung?

Zu 7.:

Die Unterstützung der Landesregierung zur Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus dem Ost-Kongo-Konflikt für die Menschen in Burundi ergeben, erfolgt im Rahmen der Landespartnerschaft insbesondere über Maßnahmen, die Frieden, Versöhnung und langfristige Stabilität fördern. Ein konkretes Beispiel hierfür sind die Maßnahmen des Clusters Friedensarbeit. Über das Cluster fördert die Landesregierung, gemeinsam mit den Erzdiözesen Rottenburg-Stuttgart und Freiburg und der Universität Freiburg sowie der Erzdiözese Bururi und der Universität Burundi auf burundischer Seite, in Baden-Württemberg Burundi-Initiativen, die sich auf Frieden und Versöhnung konzentrieren. So dient neben dem Angebot der Universität Freiburg, das Vorlesungsreihen und Austauschformate zur Friedensbildung anbietet, vor allem die Einrichtung von mehreren Friedenszentren in Burundi als Plattform für den Dialog und die Förderung der Versöhnung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Diese Zentren bieten durch Aus- und Fortbildungsformate nicht nur Möglichkeiten für die lokale Bevölkerung, Konflikte zu bearbeiten, sondern stärken auch die sozialen Strukturen und die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit in Burundi.

Das Cluster Friedensarbeit arbeitet eng mit Organisationen und Netzwerken zusammen, die sich für die Förderung des Dialogs und der friedlichen Konfliktlösung einsetzen. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise 2023 das Netzwerk „Youth for Peace Great Lake Africa“ ins Leben gerufen und im Januar 2025 das Netzwerk RJP-GL (Réseau des Jeunes pour la paix en Afrique des grands-Lacs) offiziell in Burundi gegründet. Dieses Netzwerk besteht aus Jugendorganisationen, die in den drei Nachbarstaaten Burundi, Ruanda und DR Kongo tätig sind. Das Netzwerk „Youth for Peace Great Lake Africa“ organisiert seit 2023 jährlich stattfindende Kolloquien, ein erstes wurde im November 2023 in Bujumbura organisiert, ein zweites mit rund 70 Jugendlichen im November 2024 in Bukavu. Für 2025 gibt es erste Planungen für ein drittes Kolloquium in Kigali. Das Projekt bietet Jugendlichen eine Plattform, um über ihre Erfahrungen und Perspektiven zu sprechen. Da der Ost-Kongo-Konflikt vor allem auch durch ethnische Spannungen und Gewalt zwischen verschiedenen Gruppen geprägt ist, hilft das Projekt, diese Barrieren zu überwinden, indem es einen Raum für gegenseitiges Verständnis schafft. Die Veranstaltung in Bukavu brachte Jugendliche aus verschiedenen Teilen der Region zusammen, einschließlich des Ost-Kongo, was eine wichtige Gelegenheit bot, über regionale Konflikte hinweg zusammenzuarbeiten. Indem das Projekt Jugendlichen konkrete Friedens- und Versöhnungsstrategien vermittelt, werden sie zu wichtigen Akteuren in ihren eigenen Gemeinschaften und fungieren als Friedensbotschafter.

Auch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) und das SEZ-Verbindungsbüro in Burundi spielen eine Rolle für Akteure, die sich für die Förderung von Frieden und Stabilität einsetzen. Das SEZ-Verbindungsbüro dient dabei als eine Schnittstelle für Aktivitäten, die darauf abzielen, die Auswirkungen des Ost-Kongo-Konflikts auf Burundi zu mildern, indem es die Zusammenarbeit zwischen lokalen Organisationen in Baden-Württemberg und Burundi und weiteren Partnern unterstützt.

Über die Förderlinie „bwirkt! Burundi“ werden Projekte gefördert, die sich den Schwerpunkten Friedensförderung, Ernährungssicherheit und einkommensgenerierende Maßnahmen widmen und damit unmittelbar die burundischen Partnerinnen und Partner dabei unterstützen, auch die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen.

In diesem Sinne zahlen auch die Maßnahmen der fünf anderen Cluster und der Académie de l'Amitié zur Förderung von Frieden, Gesundheit und langfristiger Stabilität auf das Partnerland Burundi ein.

8. Inwieweit sind Projekte der Förderlinie „bwirkt Burundi“ von den Auswirkungen des Konflikts in der Demokratischen Republik Kongo betroffen?

Zu 8.:

Über die Förderlinie „bwirkt! Burundi“ fördert die SEZ derzeit zehn Projekte aus dem Ausschreibungsjahr 2023, die sich in der Abschlussphase befinden, sowie elf Projekte von Ende 2024, die gerade erst begonnen haben. Keines der Projekte findet in der Nähe der ruandischen oder kongolesischen Grenze statt. Daher sind die direkten Sicherheitseffekte auf die Projekte von „bwirkt! Burundi“ begrenzt.

Gleichwohl zeigen sich auch bei diesen Projekten die zuvor geschilderten Auswirkungen, insbesondere die Treibstoffknappheit, ein Anstieg an Stromausfällen und Preissteigerungen der Unterhaltskosten. Diese Auswirkungen könnten inhaltliche und – im Rahmen der vorhandenen Mittel – budgetäre Anpassungen der „bwirkt! Burundi“-Projekte erforderlich machen, und die Situation kann grundsätzlich zu einer Zunahme von Finanzierungs- und Kooperationsanfragen führen, begründet durch den erhöhten Bedarf an humanitärer und sozioökonomischer Unterstützung. Die Förderlinie „bwirkt! Burundi“ stellt dabei eine wichtige Unterstützung zivilgesellschaftlicher Netzwerke in Burundi dar.

9. Welche Auswirkungen hat der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo auf das Engagement des Landes in Burundi?

Zu 9.:

Die Landesregierung beobachtet die Situation in der DR Kongo und im burundisch-kongolesischen Grenzraum mit großer Aufmerksamkeit und steht hierzu in engem und regelmäßigen Kontakt mit der Deutschen Botschaft Bujumbura, dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie mit den Partnerinnen und Partnern des Burundi-Bündnisses.

Die Situation im Ost-Kongo und in Burundi ist volatil und es gilt, die Auswirkungen des Ost-Kongo-Konflikts auf die Partnerschaft kontinuierlich zu bewerten. Hierfür ist auch das quartalsweise tagende Gremium Burundi-Rat als Plattform des Netzwerks und offenen Austauschs eine wichtige Instanz. Derzeit liegen der Landesregierung keine Informationen vor, die eine Reduzierung des Engagements des Landes in Burundi erforderlich machen würden.

Grundsätzlich steht die Landesregierung weiterhin zur Landespartnerschaft mit Burundi und sieht großen Bedarf in der Fortführung ihres Engagements. Die unter Punkt 7 beschriebenen Maßnahmen der Landespartnerschaft leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Friedens, der Einkommens- und Ernährungssicherung, der Gesundheit und der langfristigen Stabilität Burundis und wirken über die Grenzen hinaus.

Hoogvliet

Staatssekretär